

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 15 R. monatl. Einzelne Rtn. 80 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 5 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 M., unter Eingeladn. 12 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landeskulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressepolizeilichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 81

Mittwoch, 5. April

1922

Dresden, 4. April.

Die Konferenz von Genua.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern vormittag nochmals mit der Konferenz von Genua.

Während die deutsche Delegation unter Führung des Außenministers Dr. Rathenau erst am nächsten Sonntagabend nach Genua abreist, begibt sich Reichskanzler Dr. Brüning bereits morgen, Mittwoch, abend nach Frankfurt. Er wird dort der Eröffnung der Messe beizuwohnen, für einen Tag nach Freiburg reisen und sich dann von dort aus nach Genua begeben.

Die Sachverständigen, über deren Berufung endgültig morgen, Mittwoch, in einer Kabinettsitzung entschieden werden wird, werden den gleichen Zug benutzen, wie die Delegation. Der Pressesekretär, Ministerialdirektor Oskar Müller, mit einigen Deputierten, wird bereits morgen, Mittwoch, nach Genua reisen, um dort die nötigen Vorbereitungen vor dem Eintreffen der deutschen Abordnung zu treffen.

Empfang der russischen Delegation für Genua durch den Reichskanzler.

(Eigene Meldung.)

Gestern vormittag um 11 Uhr wurden die Mitglieder der russischen Delegation für die Konferenz von Genua, Tschicherin, Litwinow und Joffe, vom Reichskanzler in Gegenwart des Direktors der Ost-Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Frhen. v. Maljau, empfangen. Danach begaben sich die Herren in die Wohnung des Reichsaußenministers Dr. Rathenau, bei dem anschließend ein Frühstück stattfand, zu dem außer den Mitgliedern der russischen Abordnung auch hervorragende Vertreter der Finanzwelt sowie mehrere Parlamentarier geladen waren.

Der Wirtschaftsdelegierte der Sowjetregierung, Krasin, ist gestern nachmittags in Berlin eingetroffen. Er folgte unmittelbar nach seiner Ankunft der Reichsregierung einen Besuch ab und fuhr dann zur Konferenzmission, wo eine Besprechung der gesamten russischen Delegation für Genua stattfand.

In Abereinbarung mit einem Beschlusse des Reichskabinetts hat der Reichsminister Dr. Rathenau der hiesigen Sowjetvertretung das russische Postkastengebäude wieder zur Verfügung gestellt. Die Modalitäten der Rückgabe, insbesondere die Wiederherstellung der deutschen Postkastens in Petersburg sowie die Unterbringung der deutschen Vertretung in Moskau wurden zwischen der hiesigen Sowjetvertretung und dem Auswärtigen Amt geregelt.

Der deutsche Geschäftsträger in Athen.

(Eigene Meldung.)

Wie wir hören, bestätigt es sich, daß der Gesandte v. Schön für den Posten des Geschäftsträgers in Athen von zuhause Stelle in Aussicht genommen worden ist.

Das Reparationsproblem.

Die Reparationskommission hat unter gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu den bekannten drei Abkommen über die deutschen Sachlieferungen sowie zu der Wiesbadener Erklärung in der Substitutionsfrage erteilt. In der dem „Tempo“ entnommenen Nachricht wird nochmals bemerkt, daß der belgische Delegierte Demelmans wegen der Abänderungen an dem von ihm abgeschlossenen Abkommen nochmals mit der deutschen Regierung in Berlin verhandeln soll.

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Einfuhr.

(Eigene Meldung.)

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Einfuhr nach Zustimmung des Reichsrats zur Beschlußfassung zugehen lassen. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit der Bereinfachung der Behördenorganisation und der Ersparrung von Arbeitskräften die alsbaldige Aufhebung der Organisation des Reichsausschusses für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, dessen Aufgaben sich im

Die Weltwirtschaftslage.

Die Berichte über die Weltwirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Amerika lauten sehr zuversichtlich. Die Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen, von 5 auf 2 1/2 Millionen, hauptsächlich infolge der zunehmenden Bautätigkeit. Die Lage der Bahnen bessert sich, aber auf der anderen Seite ist hier zu berücksichtigen, daß nach wie vor etwa die Hälfte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die aus Landwirten besteht, viel darunter zu leiden hat, daß die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte niedriger sind, durchweg unter dem Niveau der Vorkriegszeit sich befinden, während die Landwirte fast alle Substrate zu Kriegspreisen bezahllen müssen. Eine beträchtliche Senkung der Löhne hat stattgefunden. Diesen schließt sich nun eine Senkung der Preise im Detailhandel an, welche die Kaufkraft und die Kaufkraft des Publikums belei. Würde Europa die amerikanischen Agrarprodukte wieder in großen Massen kaufen können, würden außerdem Baumwolle, Kupfer und Ei wieder wie vor dem Kriege über den Ozean exportiert werden, dann ginge es nicht nur den Farmern erheblich besser, und es würde nicht, wie das gegenwärtig der Fall, nur die reichsten Amerikaner noch immer reicher werden. Über Englands Wirtschaftslage enthalten die Weltmarktberichte, wie das Bankhaus Koch & Gutmann in Amsterdam mitteilt, wichtige Mitteilungen. Im abgelaufenen Jahre war Englands Hoheisenproduktion die geringste seit 70 Jahren, und die Ausfuhr von Eisenerzeugnissen war die niedrigste seit 60 Jahren. Weiter mag hingewiesen werden darauf, daß die für den englischen Handel so wichtige Jute, deren Ernte in der Zeit vor dem Kriege normalerweise etwa 10 Mill. Ballen betrug, 1921 nur 4 Mill. Ballen ergab und der Preis dafür nicht höher ist als vor sieben Jahren. Rechnet man jedoch der Erwartung Ausdruck, daß eine Wiederbelebung von Handel und Gewerbe 1922 unabhängig von den politischen Entwicklungen zu gewärtigen sei, weil die ungewöhnlich starke Depression nicht ausschließlich aus dem Konsumrückgang sich erkläre, sondern in erheblichem Maße bedingt sei durch eine Lage der

Finanzen und des Kredit, welche die Produktion gehemmt hat. Das bedeutet aber eine Verminderung der Sozialarbeit, insbesondere der unsicheren, ein Prozeß, der halb zum Warenmangel, dann aber zu steigenden Preisen und Neubelebung der Produktion führen müsse. In welchem Umfang die englischen Wochenlöhne in den ersten 11 Monaten des Jahres sich verringert haben, geht aus einer amtlichen Statistik hervor, welche zeigt, daß fast 7 Mill. Arbeiter von Lohnherabsetzungen, aber noch nicht 118 000 von einer Lohnerhöhung betroffen wurden. Der Gesamtbetrag der Wochenlohnherabsetzung beläuft sich auf über 5 1/2 Mill. Pfd. Sterl., denen Erhöhungen nur in Höhe von 20 000 Pfd. Sterl. gegenüberstehen. Eine besonders deutliche Sprache reden die Ziffern der englischen Handelsbilanz für 1921. Die Einfuhr betrug 1913 768,7 Mill. Pfd. Sterl., 1921 1068,0 Mill. Pfd. Sterl. Die Ausfuhr betrug 1913 634,8 Mill. Pfd. Sterl., 1921 703,0 Mill. Pfd. Sterl., der Einfuhrüberschuß 1913 133,9 Mill. Pfd. Sterl., 1921 363 Mill. Pfd. Sterl. Nicht genügend beachtet scheint die tatsächliche Weltwirtschaftslage Frankreichs, denn hier macht sich die Weltwirtschaftskrise in viel geringerem Maße bemerkbar als in anderen Ländern. Hieraus macht mit Recht das „Wirtschaftsbild“ aufmerklich, indem es hervorhebt, daß hier von einer Krise eigentlich nicht die Rede sein kann, weil infolge des Krieges einestells übermäßige Arbeitskräfte nicht vorhanden seien, andererseits die Industrie für den Wiederaufbau der nördlichen Provinzen dauernd große Aufträge habe. Als stichhaltiger Beweis für den Wohlstand, dessen Frankreich sich erfreut, wird auf die über alles Erwartungen hohen Erträge der Automobilbesteuerung hingewiesen. Diese war im Voranschlag für 1921 auf 37 Mill. Frs. veranschlagt worden, tatsächlich aber hat sie fast 96 Mill. Frs. ergeben. So erklärt es sich, daß die französischen maßgebenden Politiker weit weniger als die in anderen Ländern genötigt sind, eine mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Wohlstand freundliche Politik zu treiben.

wesentlichen mit dem Arbeitsgebiet der Zollverwaltung decken, geboten erscheinen lassen. Die beteiligten Reichsbehörden sind daher übereingekommen, die Organisationen des Reichsausschusses alsbald auf die Zollverwaltung überzuleiten.

Die Anstellungsgrundsätze für Militäraufwärter.

(Eigene Meldung.)

In Beantwortung einer Anfrage hat der Reichsminister des Innern mitgeteilt, daß die Anstellungsgrundsätze für Militäraufwärter und Inhaber des Anstellungsbüchchens fertiggestellt sind. Sie liegen zurzeit dem Reichsrat zur Beschlußfassung vor und werden alsdann an den Reichstag gelangen.

Der preussische Kultusminister Dr. Voelck über die Vorgänge in der staatlichen Bildungsausschuss Lichterfelde.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages führte in Beantwortung großer Anfragen der Unabhängigen und der Deutschnationalen über die Vorgänge in der staatlichen Bildungsausschuss Lichterfelde der preussische Kultusminister Dr. Voelck u. a. folgendes aus: Das Verfahren der Schulleitung sei in Fällen, wie in Lichterfelde, immer daselbe: Festes Zugreifen, rücksichtslose Wiederherstellung der Ordnung, im gegebenen Moment mögliche Säuberung der Irreguläreiten. So konnte es auch hier gehen, wenn die Schulleitung die Sache nach rein pädagogischen Gesichtspunkten hätte regeln können. In strenger Weise wurde aber von außen her in die Anstalt ein Geist getragen, der die Schulleitung in einer Weise untergrub, wie sie in unserer Geschichte unerhört war. Bei den Führern dieser Dinge waren außerhalb der Schule liegende parteipolitische Erwägungen bestimmend. Von einer politischen Aktion könne bei dem Vorgehen des Ministeriums keine Rede sein. Es handelte sich nur um die Wiederherstellung der Schulleitung. Die letzte Revolte in Lichterfelde sei nur ein Glied in der langen Kette von uner-

hörten Verfassungen gegen die Schulautorität. Die Schüler hielten sich geradezu für den Mittelpunkt der politischen Welt. In beispiellosem Herrendünkel trieben diese jungen Leute eine Anhaltspolitik, die sich über die Mauern der Anstalt hinaus erstreckte.

Der Wirtschaftsvertrag zwischen dem Remeland und Polen abgeschlossen.

(Eigene Meldung.)

Die in Warschau geführten Verhandlungen zwischen Polen und dem Remeland haben nunmehr zum Abschluß eines Wirtschaftsvertrages, zunächst auf die Dauer eines Jahres, geführt. Den Polen wird das Recht beibehalten, den Vertrag zu verlängern.

Lloyd George amtsüde.

London, 4. April. Der Sohn Lloyd Georges, Major Oswald Lloyd George, erklärte in einer Versammlung von Liberalen, der Premierminister sei amtsüde. Er gehe nur nach Genua, weil er es für seine Pflicht und als den einzigen Weg ansehe, um die Wohlfahrt Europas wieder herzustellen. Es werde gesagt, sein Vater reiche Wörtern die Hand. Sein Vater sei aber der Ansicht, daß das Wieder-aufleben des Handels mit Rußland den Wohlstand befestigen werde, und daß es ein Fehler wäre, Rußland von der Konferenz auszuschalten.

Eine halbe Million Kohlenbergarbeiter im Ausfluß.

London, 4. April. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ streiken in den Vereinigten Staaten jetzt über eine halbe Million Kohlenbergarbeiter. Der tägliche Verlust an Kohlenherzeugung wird auf 1 1/2 Millionen Tonnen geschätzt. Der Verlust an Löhnen für die Bergarbeiter beträgt täglich 600 000 Pfd. Sterl.

Rußland und Frankreich.

Rußland ringt um seine Anerkennung. Es will zum mindesten den Bund der Besiegten und Schwachen gegen die Sieger, da Frankreich durchaus nicht dazu zu betrogen ist, mit den Russen auch nur zu verhandeln. Die verschleierte Dame, die Herr Poincaré besuchte, wird bestritten, das Bundesangebot gegen England wird demontiert, und augenblicklich liegt das Schwergewicht der weltpolitischen Verhandlungen in Berlin, wo die russische Delegation für Genua mit der deutschen Regierung eingehende Verhandlungen pflegt. Die Stationen, welche die russische Delegation auf ihrer Reise gemacht hat, sind ungeheuer wichtig. Sie hat eigentlich überall irgend-einen Erfolg mitzunehmen verstanden, und es ist ein für sie guter Ausruf, auf der Konferenz der Mandatanten in Riga die Anerkennung Rußlands nicht nur durch die baltischen Staaten, sondern auch durch Polen erreicht zu haben. Der Zweck zielt nach Frankreich. Auch die kleinen in Genua vertretenen Völker sind für Rußland wertvoll; es sammelt Stimmen, wie in Rom der, der gern zum Volkstrübunen gewählt werden möchte. Schließlich gibt ja doch die Zahl und nicht das Gewicht der Stimmen den Ausschlag.

Von wird einigermassen darüber erstaunt sein, daß trotz der glatten französischen Ablehnung Polen sich zur Anerkennung Sowjetrußlands verpflichtet hat, zumal dieser aus dem Frieden geborene Staat alle politischen Entschlüsse nur auf Weisung oder nach Billigung des großen Erbauers sagt. Daß Polen jetzt ganz offenbar eine Sonderhaltung eingenommen hat, liegt daran, daß sein dringendes Interesse es erheischt, daß in Genua irgendeine Maßnahme für die wirtschaftliche Befundung Mitteleuropas, deren auch Polen teilhaftig würde, erreicht werden möge. Und so sehr es auch im Schlepplau Frankreichs liegt, dieser Gesichtspunkt hat die polnische Diplomatie dazu veranlaßt, sich auf eigene Füße zu stellen und in der Mandatantenkonferenz der französischen Politik einen recht unangenehmen Strich durch die Rechnung zu machen. Zwar ist Polen nach wie vor auch für Rußland ein ganz unsicherer Weggenosse, aber diesmal konnte es sich der Notwendigkeit nicht entziehen, mit den Mandatanten die gleiche Politik zu verfolgen, weil gerade bei der internationalen Anerkennung Rußlands die Isolierung allzu große Nachteile für Polen mit sich gebracht hätte.

Die russische Politik ist konsequent in der Richtung, zu nehmen, wo etwas zu holen ist. War bei Frankreich direkt nichts zu machen, so ist bei dem Versuch, durch Polen einen Zugang zu Frankreichs Herz zu finden, nicht Rußland, sondern Polen derjenige, der etwas riskiert. Hr. Poincaré hat mit seiner Erklärung der russischen Forderungnahme bei England ein sehr zweifelhaftes Gesicht bewiesen. England braucht nicht erst von Frankreich zu erfahren, welche Vorkehrungen gegenüber Rußland notwendig sind, und man kann kaum annehmen, daß England sich irgendwie gegen Rußland beeinflussen lassen wird und seine Stellungnahme etwa nach französischen Wünschen reguliert. In Berlin aber arbeitet die Sowjetvertretung geschäftig und nicht ohne Glück. Die Anerkennung Rußlands durch Deutschland ist nichts Neues. Wir können auch keine andere Politik verfolgen, als uns mit unseren sämtlichen Nachbarn ins denkbar enge Einverständnis zu setzen. Als erstes Zeichen deutschen Entgegenkommens können die Russen betrachten, daß die Reichsregierung das frühere russische Postkastengebäude, das persönliche Eigentum der Jarenfamilie ist, der Sowjetvertretung zur Verfügung gestellt hat. Tschicherin und Litwinow sind gestern offiziell vom Reichskanzler empfangen worden und haben dann auch mit Dr. Rathenau und verschiedenen Parlamentariern Verhandlungen geführt. Es ist selbstverständlich, daß vorläufig darüber nichts in die Öffentlichkeit dringen kann, denn wenn überhaupt russisch-deutsche Zusammenarbeit für Genua von Segen sein soll, dann müssen die Grundlinien streng vertraulich behandelt werden. Das eine ist sicher, daß sich die deutsche Regierung nicht sträuben wird, die Beziehungen zu dem östlichen Nachbar zu vertiefen, und daß ihre einzige Sorge die hemmungslöse russische Agitation in Deutschland ist. Deshalb werden von den Russen auch Garantien geboten werden müssen, daß sie sich in die innere Politik Deutschlands nicht einmischen.